

Neue Herausforderungen für den Euro

VORLESUNG IM RAHMEN DER KONRAD-ADENAUER-LECTURES, ROM

Es gilt das gesprochene Wort!

I.

Im vergangenen Jahr konnten wir das zehnjährige Jubiläum der neuen gemeinsamen Währung Euro feiern.

Entgegen vielen Negativprognosen – insbesondere von Ökonomen – aus der Zeit vor dem Eintritt in die Währungsunion wurde dabei überwiegend zu recht festgestellt:

1. Der Euro ist bisher eine deutlich stabile Währung geworden, deren interne Stabilität sogar die zuvor stabilste Einzelwährung in Europa – die DM – übertroffen hat.
2. Der Euro wird inzwischen nicht nur in Europa, sondern auch weltweit als Währung akzeptiert und ist zur zweitgrößten Reserve- und auch Handelswährung geworden.
3. Und das neue, supranational organisierte Europäische Zentralbank-System hat sowohl seine eindeutige Stabilitätsorientierung als auch seine politische Unabhängigkeit deutlich unter Beweis gestellt.

Diesem Urteil entsprechend waren im Jubiläumsjahr auch die Prognosen für die weitere Entwicklung des Euro überwiegend sehr positiv, obgleich auch damals schon in sachkundigen Analysen auch manche Schwächen und Defizite erwähnt wurden.

- Entgegen vielen Erwartungen waren nämlich die Wachstums- und Beschäftigungs-

ergebnisse in den meisten Teilnehmerländern insgesamt geringer als erwartet; insbesondere die von den Politikern in den 90er Jahren auf Vorschlag der Kommission formulierten außerordentlich ambitionierten Lissabon-Ziele für die EU wurden deutlich verfehlt.

- Darüber hinaus wiesen auch die Leistungsbilanzen mehrerer Euro-Länder erhebliche Ungleichgewichte aus, die zwar wegen der Gemeinschaftswährung noch keine Währungsprobleme auslösten, wohl aber mögliche Spannungen und Wettbewerbsprobleme signalisierten.
- Außerdem hatten sich in der Währungsunion schon relativ früh erhebliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspaktes gezeigt, der die Einhaltung der Fiskaldisziplin durch die Teilnehmerstaaten sichern sollte. Nachdem auch die beiden größten Länder Frankreich und Deutschland kurz nach der Jahrtausendwende gegen diesen Pakt verstießen, war das Regelwerk zwar gelockert worden, die Folgejahre haben jedoch auch weiterhin Fehlentwicklungen gezeigt, die im letzten Jahr infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch auch neue Dimensionen angenommen haben.

Die im September 2008 voll ausgebrochene weltweite Finanzkrise hat zwar ihre Ursache sicherlich nicht primär im Euro-Bereich selbst; sie hat den Euro jedoch zusätzlich mit einer Reihe von neuen und schwerwiegenden Herausforderungen konfrontiert, die für den Euro und seine Zukunft erhebliche Gefahren bringen können.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

Ich teile allerdings nicht die von dem bekannten Nobelpreisträger Milton Friedman schon früher formulierte pessimistische und heute oft zitierte Prognose, wonach „der Euro die erste schwere Wirtschaftskrise nicht überstehen wird“. Das gilt auch für die Aussage von Nouriel Roubini, der im Januar in Davos den Zerfall der Euro-Zone vorausgesagt hat.

Anders als die US-Ökonomen Friedman und Roubini sehe ich auch heute noch den Euro als einen insgesamt richtigen und chancenreichen Schritt, der Europa politisch nach vorn gebracht hat und der zugleich eine wichtige Investition in seine Zukunft war und ist.

Ich bin auch der Meinung, dass der Euro entscheidend dazu beigetragen hat, dass die Mehrzahl der Mitgliedsländer bisher die Krise besser überstanden hat als befürchtet.

Und der Euro war sicher auch keine Ursache der Krise; er hat vielmehr die Mitgliedsländer vor gefährlichen Wechselkurskonflikten geschützt. Insofern war er bisher sicher insgesamt eher ein Krisenbremser statt Krisenverstärker.

Dennoch darf die neue Dimension der jüngsten Herausforderungen nicht unterschätzt werden. Sie haben inzwischen nämlich teilweise Dimensionen angenommen, deren Fehleinschätzung ebenso wie falsche Reaktionen und falsche Weichenstellungen für die Zukunft das historische Konzept Euro dauerhaft gefährden können.

Gerade als jemand, der sich schon seit den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts für die Gemeinschafts-Währung Euro und ihren nachhaltigen Beitrag zur dauerhaften Integration Europas eingesetzt hat, halte ich es für wichtig und notwendig, die neuen Herausforderungen ernst zu nehmen und sich ihnen auch ohne Zeitverzug nachhaltig zu stellen.

(Denn der Euro ist und bleibt auch in Zukunft immer auch eine Herausforderung. Mit Bedacht habe ich ja auch schon mein 2005 erschienenes Buch über die Historie und die Perspektiven der Währungsunion mit dem

provokierenden Titel „Herausforderung Euro“ versehen.)

II.

Als Gemeinschaftswährung von zunächst 11 und inzwischen 16 weitgehend auch weiterhin souveränen Staaten war und ist der Euro zweifellos eine besondere Herausforderung. Denn Währungsunionen hängen auf Dauer vor allem von der Solidarität und Tragfähigkeit des inneren Zusammenhalts des Währungsraumes ab.

Als die Staats- und Regierungschefs der damals noch sechs Mitgliedstaaten sich im Herbst 1969 in Den Haag neben der Bereitschaft zur Erweiterung der Sechsergemeinschaft auch auf die Prüfung einer Vertiefung der Integration in Richtung einer Wirtschafts- und Währungsunion einigten, gingen die Zielvorstellungen für die weitere Integration jedoch zunächst noch weit auseinander, wie ich auch selbst in der damaligen Werner-Gruppe erlebt habe.

Während die Mehrzahl der Länder zunächst nur eine europäische Kooperation der Wechselkurspolitik anstrebte, drängten insbesondere die Vertreter der Niederlande und der Bundesrepublik von Anfang an auf das Endziel einer gemeinsamen Währung mit gemeinsamer Zentralbank sowie die gleichzeitige Sicherung einer hinreichend gemeinsamen Stabilitätspolitik und damit auch auf eine dauerhafte politische Gemeinsamkeit der teilnehmenden Länder.

Unsere deutschen damaligen Vorstellungen zielten dabei sogar auf eine dauerhafte politische Union der Währungsmitglieder mit gemeinsamer Währung und weitgehender politischer Gemeinsamkeit.

Schon bald zeigte sich jedoch, dass eine solche ambitiöse Vorstellung nicht die Zustimmung der meisten anderen Länder fand. Nicht nur ein Teil der sechs Gründungsstaaten, sondern insbesondere auch die im mehrstufigen Erweiterungsprozess neu in die Gemeinschaft eintretenden Staaten (zunächst England, Irland und Dänemark sowie dann auch Griechenland, Portugal und Spanien) waren zunächst nicht be-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

reit, auch nur Teile ihrer Souveränität zugunsten supranationaler Entscheidungsstrukturen aufzugeben.

Deshalb kam es in den 70er und 80er Jahren zunächst nur zu einer wechsellkurspolitischen Kooperation der meisten Mitgliedstaaten und allgemeinen Konsultationen im Bereich der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Erst gegen Ende der 80er Jahre, nachdem insbesondere Frankreich auch der internen Währungsstabilität ein neues Gewicht zugemessen hatte, wurde die sogenannte Delors-Gruppe, die sich vor allem aus den damals noch zwölf nationalen Notenbankpräsidenten zusammensetzte, mit der Ausarbeitung eines neuen Konzeptes für die Währungsunion beauftragt.

Die Vorlage des sogenannten Delors-Berichtes koinzidierte dann zeitlich im Jahre 1989 mit der Öffnung der Ostgrenze in Deutschland und in anderen Teilen Europas. Und diese Koinzidenz hat dann in den 90er Jahren nicht nur die deutsche Wiedervereinigung und die EU-Erweiterung nach Osten ermöglicht, sie hat auch den Bemühungen in Richtung einer Währungsunion in Europa Aufwind gegeben.

Nach intensiven Beratungen und Verhandlungen kam es dann 1992 im Vertrag von Maastricht zu einem Kompromiss mit mehreren wichtigen Komponenten:

1. Die Währungsunion und die Gemeinschaftswährung sollte zwar von Anfang an ein supranationales und politisch unabhängiges Zentralbank-System mit einem eindeutigen Stabilitätsmandat erhalten.
2. Auf die gleichzeitige Einrichtung supranationaler Strukturen und die Übertragung entsprechender Kompetenzen für andere Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik wurde dagegen wegen des Widerstandes vieler Mitgliedstaaten weitgehend verzichtet.
3. Dafür sollte jedoch die Teilnahme von Mitgliedstaaten an der Währungsunion von der vorherigen Erfüllung sogenann-

ter Konvergenzkriterien abhängig gemacht werden.

4. Darüber hinaus sollte insbesondere die Einhaltung einer auch nachhaltig stabilitätsorientierten Fiskalpolitik regelmäßig durch die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten der Währungsunion überprüft und notfalls auch durch Geldbußen bestraft werden.

Diese Konstruktion einer Währungsunion ohne eine gleichzeitige, mit hinreichenden supranationalen Kontrollen über die Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten ausgestattete, zentrale politische Entscheidungsstruktur war und ist aus meiner Sicht eine Konstruktion mit einer offenen Flanke. Insbesondere können Divergenzen in der nationalen Fiskalpolitik leicht in Konflikte mit der gemeinsamen Geldpolitik geraten und Spannungen an den Kapitalmärkten auslösen.

Um hier die Nationalstaaten zu einer entsprechenden Vorsorgepolitik zu stimulieren, hat der Maastricht-Vertrag im Hinblick auf die – für die Stabilität der Gemeinschaftswährung so wichtige Fiskaldisziplin der Mitgliedstaaten – zusätzlich zwei wichtige Eckpunkte für die öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten festgelegt:

1. Im heutigen Art. 123 des Vertrages wurde festgelegt, dass das EZBS keinem Mitgliedstaat direkte Finanzierungsmittel für die Budgetfinanzierung zur Verfügung stellen darf.
2. Und im Art. 125 des Vertrages ist zusätzlich festgelegt, dass die Gemeinschaft und die anderen Mitgliedstaaten nicht für die Schulden von Mitgliedstaaten haften. (sogenannte Non-Bail-out-Regel)

Diese Eckpunkte sind zweifellos wichtig. Sie reichen allein jedoch zur dauerhaften Sicherung der Fiskaldisziplin der Mitgliedstaaten nicht aus.

Deswegen hat die deutsche Seite noch vor dem Eintritt in die Währungsunion auf eine zusätzliche Vereinbarung der Mitgliedstaaten

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

ten durch einen Stabilitäts- und Wachstumspakt Wert gelegt.

Dieser 1997 abgeschlossene zusätzliche Pakt sichert zwar eine gemeinsame regelmäßige Überprüfung der Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten, macht Bewertungen und Strafsentscheidungen jedoch letztlich von der Entscheidung der Mehrheit der nationalen Finanzminister abhängig.

Und genau hier habe ich von Anfang an das Problem gesehen. Schon bei der Schlussberatung des Paktes habe ich darauf hingewiesen, dass „potentielle Sünder“ kaum den Mut zu einem „Strafurteil“ aufbringen werden. Ich hätte deswegen schon damals gern eine unabhängigere Prüfungs- und Entscheidungs-Kompetenz gesehen. Das war jedoch nicht erreichbar.

Und genau dieses Defizit hat sich dann ja leider auch in der Folgezeit deutlich gezeigt.

Als nämlich später auch die beiden größten Länder Deutschland und Frankreich zeitweise selbst Probleme mit ihrer Fiskaldisziplin hatten, haben beide Länder sogar 2005 eine Revision der Paktregelungen mit erheblichen Lockerungen durchgesetzt.

Und heute müssen wir leider feststellen, dass die Kontrolle der Fiskaldisziplin sich bisher nur sehr begrenzt als effizient erwiesen hat.

So viel zu der leider immer noch nicht effizient geregelten „offenen Flanke“, die deswegen so gefährlich ist, weil schon der Blick in die Historie zeigt, dass die größten Gefahren für internationale Währungsunionen fast immer in mangelnder Fiskaldisziplin der teilnehmenden Staaten gelegen haben.

Und wir sollten nicht vergessen, dass das Thema der Fiskaldisziplin gerade in den nächsten Jahren eine besondere Aktualität haben wird. Denn die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre notwendige Bekämpfung haben in fast allen Ländern die Budgetdefizite und die staatliche Verschuldung kräftig angehoben.

Gerade im Fiskalbereich ist deswegen demnächst auch in den Euro-Ländern eine überzeugende Exitstrategie aus der aktuell extremen Defizitpolitik und Überschuldung notwendig. Denn unsere Generation kann und darf die Zukunft nicht weiter mit übermäßigen Schulden belasten.

III.

Neben den fiskalischen Spannungen gibt es in der aktuellen Euro-Diskussion allerdings auch noch ein anderes zunehmend aktuelles Thema: die innerhalb der Währungsunion schon seit längerer Zeit aufgelaufenen Außenbilanz-Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten.

Diese reflektieren sich zwar in einer Währungsunion nicht mehr in entsprechenden Entwicklungen der nationalen Wechselkurse, wohl aber signalisieren sie Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der Länder und belasten damit auch die Beschäftigungsentwicklung in den Defizitländern.

Die Current-Account-Bilanzen der Länder der Euro-Zone zeigen schon seit längerem deutlich unterschiedliche Entwicklungen. Während insbesondere Länder wie Spanien, Griechenland und Irland, aber auch Italien und Frankreich schon seit Jahren große Defizite in ihrer Leistungsbilanz aufweisen, erzielen Länder wie die Niederlande, Finnland, Österreich und Belgien regelmäßig Überschüsse. Und auch Deutschland weist als schon seit längerem weltweit eines der stärksten Exportländer auch innerhalb des Euro-Gebietes besonders große Überschüsse aus.

Kurzfristig mögen sich infolge der weltweiten Krise die Bilanzen teilweise verändern, die innerhalb des Euro-Gebietes noch immer bestehenden Unterschiede dürfen aber nicht einfach vernachlässigt werden.

Solange das Euro Gebiet insgesamt weltweit noch einen Überschuss ausweist, wird von daher zwar der Außenwert des Euros nicht negativ beeinflusst. Für den inneren Zusammenhang des Euro-Gebietes können insbesondere stark anwachsende Ungleichgewichte zwischen den Teilnehmerländern

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

auf Dauer jedoch sowohl Wohlstands- als auch Beschäftigungsprobleme aufwerfen.

Nicht zu Unrecht hat Bob Mundell schon seit 1961 in seiner Theorie der „optimal currency zone“ auf die Bedeutung der internen Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder und die dafür notwendige Flexibilität der Produktionsfaktoren hingewiesen. Und hier scheint es innerhalb der Euro-Zone in einer Reihe von Ländern infolge unterschiedlicher Traditionen und wohl auch unterschiedlicher interner Politiken noch immer bestehende und teilweise sogar wachsende Probleme zu geben.

Nachdem sich nach dem Wegfall der DM zunächst auch in Deutschland infolge vieler bürokratischer Rigiditäten und Sozialregelungen zunehmend Wettbewerbsschäden zeigten, hat die deutsche Politik nach der Jahrtausendwende zwar eine interne Reformpolitik eingeleitet, die inzwischen auch positive Wachstums- und Beschäftigungsergebnisse gebracht hat. Ein Großteil der Euro Länder hat darauf jedoch leider zu lange verzichtet, so dass die Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raumes sich eher noch vergrößert haben. Und das gleich gilt leider auch für die Unterschiede in der Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung.

Die französische Finanzministerin Lagarde macht es sich jedoch zu einfach, wenn sie in dieser Situation die derzeitigen Überschussländer Deutschland und die Niederlande zu höherer Binnennachfrage und höheren Löhnen auffordert. Gerade in einer Währungsunion ohne eine Bundesstaatliche Gemeinsamkeit muss es nach dem Mundell-Konzept auch zwischen den Politikern der Mitgliedstaaten einen sinnvollen Wettbewerb geben, vom Wettbewerb zwischen den Unternehmen ganz zu schweigen.

Denn die Kosten einer einseitigen Politik müssen am Schluss in der Währungsunion alle in Form höherer Inflation und eines niedrigeren Wohlstands tragen.

Eine Währungsunion mit ansonsten weiterhin souveränen Mitgliedstaaten kann und darf deshalb nicht dem Ausschluss von

Wettbewerb zwischen den nationalen Politiken bedeuten.

Auch das von Präsident Sarkozy erneut in die Diskussion gebrachte Projekt einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung ohne Einbindung in eine generelle supranationale politische Struktur führt in der Währungsunion leicht in die falsche Richtung.

Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung der Nationalstaaten kann nicht nur Druck in Richtung einer problematischen Egalisierung der nationalen Politiken auslösen und damit zu einer Ausschaltung von sinnvollem Politikwettbewerb führen.

Gemeinsame Politikabsprachen der Regierungen können auch leicht für einen gemeinsamen politischen Druck auf die EZB missbraucht werden und damit auch zu einer Gefährdung ihrer Unabhängigkeit führen.

Deswegen bin ich beim Thema „Europäische Wirtschaftsregierung“ noch immer nicht ohne Skepsis, auch wenn es ein Lieblingsthema der französischen Seite ist.

IV.

Die aktuellen Diskussionen und Spekulationen über die Krise des Euro sind natürlich insbesondere ausgelöst worden durch die Vorgänge in Griechenland.

Nach den offenbar schon vor der Aufnahme in den Euro 2001 „geschönten“ Zahlen hat es offenbar auch in der Folgezeit von griechischer Seite beträchtliche Fehlermeldungen nach Brüssel gegeben, die zumindest teilweise auch im Zusammenhang mit vor allem von Goldman-Sachs organisierten Credit-Defaults-Swaps (sog. CDS-Finanzierungen) stehen. Wieweit es sich dabei um bewusste Fehlermeldungen der damaligen griechischen Regierung handelt, kann ich nicht deutlich sagen.

Inzwischen liegt für die Jahre 2008 und 2009 jedoch ein vom EU-Statistikamt Eurostat erstellter Bericht, den die EU-Kommission auch verabschiedet hat, vor, der das für 2008 gemeldete Staatsdefizit

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

von 5% BIP auf 7,7% erhöht hat und für den formellen Abschluss für 2009 das zuvor erwartete Defizit von 3,7 % inzwischen auf über 13% angehoben hat. Und der Schuldenstand Griechenlands wird für 2009 auf über 100% des BIP und für 2010 gar auf über 125% des BIP geschätzt.

Diese dramatische Verschlechterung und erstmalige Offenlegung der tatsächlichen Lage hat nicht nur viele politische Spekulationen ausgelöst, sondern vor allem auch die Rating-Agencies zu Abstufungen Griechenlands bewegt.

Die hat dann dazu geführt, dass an den Finanzmärkten die Zins-differentiale für Griechenland (im Vergleich zu den traditionell niedrigsten Zinsen für die deutsche Staatsfinanzierung) zu Beginn dieses Jahres für Griechenland stark angestiegen sind und inzwischen alle anderen EWU-Länder – auch Italien, das aufgrund seiner Vergangenheit leider noch immer das Land mit der zweithöchsten Verschuldungsrate ist – deutlich überholt haben.

Zwar wurde so Griechenland infolge seines eigenen Verhaltens so besonders hart getroffen und konnte zeitweilig sogar kaum noch Finanzmittel zur Bedienung seiner Schulden bekommen.

Getroffen durch höhere Marktzinsen wurden aber leider auch eine Reihe von anderen Euro-Ländern mit relativ hohen Schuldenständen. Rasch verbreitete sich in der öffentlichen Diskussion dann die These von den sog. PIGS (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien), die als besonders gefährdete Euro-Länder angesehen werden.

Dass die Lage dieser Länder sich von der Situation in Griechenland in vielerlei Hinsicht unterscheidet, wurde und wird dabei jedoch vielfach übersehen.

Der insbesondere durch das griechische Verhalten selbst ausgelöste negative Erwartungsstrudel dominierte und simplifizierte in den ersten Monaten dieses Jahres zumindest die öffentliche Diskussion.

Und so entstanden auch Spekulationen, dass der Euro rasch in eine schwere Krise hineingeraten und möglicherweise sogar auseinanderbrechen könne, da der Vertrag den zwangsweisen Ausschluss eines Mitgliedslandes nicht vorsieht und ein eigene Austritt für Griechenland eine Katastrophe für das Land bewirken würde. Denn mit dem Austritt aus der Gemeinschaftswährung würde es die bisherigen Vorteile des Euro endgültig verlieren und praktisch – wie z.B. früher einmal Argentinien – in eine Konkurs-situation hineingeraten.

Erfreulicherweise hat dann zunächst die neugewählte griechische Regulierung selbst rasch gehandelt und nach eingehenden Konsultationen mit der Kommission und den anderen Euro-Ländern ein zumindest für die ersten Schritte überzeugendes Sanierungsprogramm vorgelegt.

Nach vielen öffentlichen Kontroversen und Ungereimtheiten über mögliche Hilfsmaßnahmen ist es dann auf dem Gipfeltreffen der EU in Brüssel im März 2010 zu einer wichtigen und m.E. insgesamt richtigen vorläufigen Weichenstellung gekommen.

Weder ist es zu einer dem Maastricht-Vertrag nicht entsprechenden Gemeinschaftsleihe noch zu unkonditionierten Finanzhilfen der Mitgliedsländer bzw. Sonderregelungen für Griechenland gekommen.

Selbst der nicht mit Währungsfragen im Zusammenhang stehende EU-Kohäsionsfonds wurde weder eingesetzt noch aufgestockt.

Stattdessen wurde ein Paket beschlossen, das m.E. insgesamt in die richtige Richtung zielt, obwohl dabei noch viele Fragen im Detail offen sind und der Erfolg damit vor allem von Griechenland selbst abhängt.

Die inzwischen schon weiter konkretisierten Brüssler Vereinbarungen umfassen insbesondere folgende Elemente:

1. Die Verantwortung liegt zunächst vor allem bei Griechenland selbst. Sofern es trotz ernsthafter eigener Konsolidierungsbemühungen noch einer Finanzhilfe von außen bedarf, soll zunächst

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

der IWF, dessen Mitglied Griechenland und nicht die Euro-Zone als Ganzes, um konditionierte Hilfe gebeten werden.

Sollte diese Hilfe trotzdem nicht reichen, so wären dann auch die EU-Länder zu bilateralen Kredithilfen bereit.

Dieses Angebot halte ich im Grundsatz für richtig, denn es handelt sich hierbei nicht um die Anerkennung einer bail-out Verpflichtung, sondern nur um freiwillige bilaterale Hilfen, die nicht missverstanden werden darf.

Auch die vorherige Einschaltung des IWF halte ich persönlich für richtig, denn genau das ist seine Aufgabe. Und Griechenland ist dort – anders als dies bisweilen in diesem Zusammenhang genannte Kalifornien – noch immer eigenständiges Mitglied.

2. Darüber hinaus haben die Regierungschefs in Brüssel zugleich eine wichtige Grundsatzdebatte für die Zukunft eröffnet, ein Schritt, den ich persönlich für zentral halte.

Insbesondere soll künftig die Überwachung der Haushaltsrisiken in der Währungsunion verstärkt werden. Hierzu soll eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des neuen Ratspräsidenten Herman Van Rompuy „alle Möglichkeiten zur Stärkung des Rechtsrahmens“ sondieren und bis Jahresende konkrete Vorschläge machen.

Dieser Auftrag ist zwar recht allgemein formuliert. Er ermöglicht aber die Einbringung aller sinnvollen Vorschläge, von denen ich nur einige stichwortartig nennen möchte:

- Stärkere Befugnisse für Eurostat
- Rücknahme der Lockerungen des Stabilitätspaktes von 2005.
- Verschärfung der Sanktionen und anderer Strafaktionen.
- Prüfung der Nutzung nationaler Regeln, wie z.B. der deutschen Schuldenbremse.

Darüber hinaus kann und soll natürlich längerfristig auch der Gedanke eines Europäischen Währungsfonds geprüft werden.

Für den griechischen Fall selbst dürfte dieser Anreiz jedoch kaum noch eine Wirkung entfalten können. Dennoch halte ich eine sorgfältige Prüfung für sinnvoll und notwendig, sofern der Fonds-Gedanke nicht primär in die Richtung gemeinsamer Hilfen, sondern vor allem auf eine nachhaltige Verbesserung des Regelwerkes und der Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zielt.

V.

Ob und wie der Griechenlandfall selbst tatsächlich gelöst wird, ist derzeit noch nicht genau abzusehen. Die Reaktionen der Märkte zeigen noch immer viel Unsicherheit, die sich bei falschen Entscheidungen leicht ausbreiten kann.

Dabei müssen zwei Aspekte besonders beachtet werden:

- Einerseits sind auch viele Finanzinstitute aus anderen Ländern Europas direkt oder indirekt in Griechenland engagiert.
- Andererseits kann die griechische Entwicklung auch leicht neue Ansteckungseffekte auf andere Euro-Länder haben, auch wenn deren Lage noch so unterschiedlich ist.

Die Politik aller Euro-Länder steht deswegen vor großen neuen Herausforderungen.

Großzügige neue Finanzhilfen können ein gefährliches Moral-Hazard Problem auslösen. Gerät nämlich die Glaubwürdigkeit des ohnehin recht minimalen Regelwerkes zur Fiskalkontrolle weiter in Gefahr und wird tatsächlich gegen die Non-Bail-Out-Regel des Maastricht-Vertrages verstoßen, wird ein gefährliches Tor geöffnet.

Die Finanzmärkte könnten dann die Griechenland-Erfahrung leicht nutzen, um auch andere schon gefährdete Länder unter Druck zu setzen, auch wenn deren Lage bisher noch sehr unterschiedlich ist.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

Und die Politik könnte dann auch in diesen Fällen – trotz aller Unterschiede – kaum nein sagen. Und das könnte dann leicht einen gefährlichen Domino-Effekt auslösen.

Insofern ist die Behandlung und Lösung des Griechenland-Falles zugleich eine wichtige Weichenstellung für die Zukunft des Euro. Wer einen nachhaltig stabilen Euro will, darf das geltende Regel-Werk nicht gefährden. Es muss, im Gegenteil, gestärkt und verschärft werden.

VI.

Aus meiner Sicht war und ist der Euro ein wichtiger Fortschritt für die Zukunft Europas. Er war und ist keine Ursache für die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Konsequenzen uns sicher noch längere Zeit begleiten werden.

Es hat vielmehr große Teile Europas bisher vor nationalen Währungs-Krisen weitgehend bewahrt und interne Wechselkursübersteigerungen verhindert.

Ob Europa ohne den Euro und seine interne Stabilität die bisherige Gemeinsamkeit ohne größere Konflikte überstanden hätte, halte ich zumindest für fraglich.

Umso so wichtiger ist es jetzt, das bisher Erreichte nicht zu gefährden und das ohnehin im Bereich der Fiskalpolitik bisher nur begrenzt entwickelte Kontrollsystem weiterzuentwickeln, und zwar ohne Gefährdung der Vertragsregeln des Non-bail-out und des EZB-Status.

Jede falsche Weichenstellung kann ein gefährliches Präjudiz für andere Fälle bedeuten und die gemeinsamen Grundlagen für eine dauerhaft stabile Währungsunion erodieren.

Auch der in der gegenwärtigen Diskussion oft von Politikern benutzte Begriff der Solidarität darf nicht missverstanden werden. Eine die Gemeinsamkeit auf Dauer gefährdende Solidarität kann und darf keine Orientierung für die Politik sein. Gerade in der Politik muss Solidarität immer auch den Blick in und für die Zukunft einschließen.

Und kurzatmige, die gemeinsamen Grundlagen gefährdende Entscheidungen tun genau das nicht.

Die europäische Politik sollte stattdessen die Gelegenheit nutzen, die offenen Flanken des Euro-Systems stärker zu abzusichern, statt sie weiter zu öffnen und den dauerhaften Zusammenhalt der Währungsunion zu gefährden.

Die Verantwortungsträger müssen bedenken: Der Weg in die Währungsunion war und ist eine Einbahnstraße, auf der es ohne große Verluste keine Umkehr gibt. Der Versuch einer Umkehr wird insbesondere für die ohnehin schon kritisch beurteilten Länder rasch zu einem gefährlichen Vertrauensverlust an den Märkten gerade auch für die Betroffenen selbst führen.

Sinnvolle Hilfen können im akuten Griechenlandfall nützlich sein; sie dürfen aber nicht die Vertrauensgrundlagen der gemeinsamen Währung gefährden.

VII.

Deswegen war und ist ja auch die im Vertrag festgelegte Überprüfung der Qualifikation der Bewerber von Anfang an so wichtig.

Auch bei der Bewerbung Italiens für die Euro-Mitgliedschaft gab es ja zunächst – gerade auch in Deutschland – erhebliche Reserven. Italien hat sich dann – besonders unter dem Einfluss meines alten Freundes Carlo Azeglio Ciampi – zu wichtigen Korrekturen verpflichtet.

Und ohne jetzt auf Details einzugehen, kann man heute feststellen, dass die italienische Politik im letzten Jahrzehnt wichtige Korrekturen in Gang gesetzt hat.

So ist Italien – trotz der nach wie vor hohen Staatsverschuldung und des Defizits in seiner Außenbilanz – ja auch bisher deutlich besser durch die Krise gekommen als manche andere Euro-Länder. Und ich hoffe sehr, dass das auch weiterhin der Fall sein wird.

Den möglichen Ansteckungseffekt Griechenlands darf aber kein Land unterschätzen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

ITALIEN

HANS TIETMEYER

5. Mai 2010

www.kas.de

www.kas.de/italien

Das gilt für Deutschland ebenso wie für alle anderen Euro-Länder. Deswegen darf die Euro-Gemeinsamkeit nicht ausgehöhlt, sondern muss vielmehr gestärkt werden.

Mit Erweiterungen der Mitgliedschaft sollte die Euro-Zone allerdings vorsichtig sein. Wohl hat jedes EU-Land grundsätzlich auch das Recht, der Euro-Zone beizutreten. Aber es muss zunächst die vertraglich festgelegten Kriterien erfüllen, und zwar nicht nach griechischem Muster.

Es ist zu hoffen, dass die Verantwortlichen in der Brüsseler Kommission und in den zuständigen Euro-Gremien gerade nach dem griechischen Desaster sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst sind.

Das gilt auch für die „anklopfenden“ Länder selbst. Sie müssen sich dessen bewusst sein: Der Eintritt in den Euro ist mehr als eine „Gemeinsamkeit auf Zeit“. Es ist vielmehr unumkehrbar, jedenfalls wenn es nicht zu Vertrauenskrisen für den Euro und Europa kommen soll.

Ich halte die Entscheidung für den Euro nach wie vor für eine wichtige und richtige Weichenstellung für Europa. Seine Konstruktion ist aber weltweit bisher noch ein Unikat, das sich gerade in der gegenwärtigen Übergangslage erneut bewähren muss.

Nach meiner Einschätzung haben auch die derzeitigen politischen Verantwortungsträger die alten und neuen Herausforderungen inzwischen besser erkannt als noch vor wenigen Monaten.

Ich hoffe und wünsche, dass dieser Erkenntnisprozess sich fortsetzt, denn der Euro ist und bleibt eine große Chance, wenn Politik und Wirtschaft sich den damit verbundenen neuen Herausforderungen nachhaltig stellen.

Nicht nur Frankreich und Deutschland können den Euro sichern, auch Italien und Spanien sowie alle anderen Euro-Länder sind gefordert.

Ohne die Einhaltung der vereinbarten Regeln durch alle beteiligten Länder kann die

Vertrauensgrundlage für den Euro leicht weiter erodieren.

Jeder Verantwortungsträger muss sich jedoch bewusst sein: Währung basiert vor allem auf Zukunftsvertrauen.